

Die kilometerlange Suche nach dem Zentrum

Die Oberländer Gemeinde Wetzikon will aus Oberwetzikon ein richtiges Ortszentrum machen

Wer zum ersten Mal am Bahnhof Wetzikon ankommt, ist etwas ratlos. Hat die Gemeinde kein Zentrum? Doch, aber es ist klein – und weit entfernt. Dass sich der Weg dorthin in Zukunft lohnen wird, dafür hat der neue Standortförderer zu sorgen.

Ümit Yoker

Stolz hat Wetzikon einst damit geworben: «Wir haben die längste Bahnhofstrasse Europas!» 2,435 Kilometer! Dass es nicht unbedingt einen Standortvorteil darstellt, eine Bahnhofstrasse zu haben, die über 1 Kilometer länger ist als ihr Pendant in Zürich, wurde aber bald klar. Wer weiss schon, wo sich das Herz der Oberländer Gemeinde befindet? Die Strasse verbindet den Bahnhof in Unterwetzikon – das mit Blick auf den grossen Pendler- und Autoverkehr theoretisch als Zentrum bezeichnet werden könnte – mit dem Stadtteil Oberwetzikon. Dort wiederum befindet sich das, was der Bezeichnung Ortszentrum am nächsten kommt: eine grosse Migros-Filiale, das Stadthaus, ein paar kleinere Geschäfte.

Auf dem Weg dorthin reiht sich Schuhladen an Fahrschule an Papeterie und vor allem Coiffeursalon an Nagelstudio. Ganze 16 gibt es davon an der Bahnhofstrasse – und beispielsweise nur 2 Cafés. «Der Gewerbemix ist nicht ideal», stellt Standortförderer Adrian Ebenberger denn auch fest. Er hat im Mai 2009 sein 40-Prozent-Pensum angetreten und in den letzten Monaten Stärken und Schwächen der Oberländer Gemeinde näher untersucht.

Fokus auf Oberwetzikon

Das Herz Wetzikons soll in Zukunft lauter schlagen, und zwar in Oberwetzikon. «Eine Konzentration des Detailhandels ist über kurz oder lang unausweichlich», sagt Ebenberger. Hochwertigere Geschäfte – «ein gutes Schuhgeschäft und eine weitere Metzgerei beispielsweise» –, Verkehrsberuhigung und Grünanlagen heissen die Elemente, die aus Oberwetzikon ein richtiges Stadtzentrum machen sollen.

Dorthin wird sich das Gewicht in den nächsten Jahren nicht zuletzt auch durch die Realisierung eines neuen Stadtquartiers verlagern; im Widum entstehen Wohnungen für 2100 Personen und 1500 Arbeitsplätze. «In diesem Zusammenhang wird auch das Thema Bahnhaltestelle Oberwetzikon bestimmt wieder an Brisanz gewinnen», ist Ebenberger überzeugt. Das neue Quar-

tier, so hofft man in Wetzikon, wird der Oberländer Gemeinde mit knapp 22 000 Einwohnern auch eine bessere Durchmischung bringen – mehr gute Steuerzahler also. «Wir verfügen heute über viel günstigen Wohnraum», sagt Ebenberger. Wetzikon ist ausserdem seit Jahren auf finanzielle Unterstützung des Kantons angewiesen – 2008 betrug der Steuerkraftausgleich 21 Millionen Franken.

Schwere Abgrenzung zu Uster

«Den Wetzikern sind die Qualitäten ihrer Stadt noch zu wenig bewusst», sagt Ebenberger. Dabei sind diese durchaus vorhanden. So versteht sich die Gemeinde als Regionalzentrum und verfügt mit Kantonsschule, Spital und Alterszentrum über ein gutes Bildungsangebot sowie eine gute Gesundheits- und Altersversorgung. Hinzu kommen Naherholungsgebiete wie der Pfäffikersee und ein beachtliches Freizeitangebot mit über 150 Vereinen und Organisationen und dem neuen Sportzentrum Meierwiesen.

Nur – alle diese Qualitäten weist auch Nachbar Uster ennet des Aathals auf. Die mit gut 31 100 Einwohnern grösste Stadt im Zürcher Oberland hat

ausserdem einen weiteren Vorteil – ihre Nähe zu Zürich. «Eine gewisse Konkurrenz mit Uster lässt sich nicht abstreiten», sagt Ebenberger. Keinesfalls solle diese aber eine erfolgreiche Zusammenarbeit verhindern, wenn es um die gemeinsame Vermarktung des Oberlandes gehe.

Was hingegen beiden Gemeinden fehlt, sind ausreichende Landreserven. In Wetzikon stehen laut Ebenberger zurzeit etwa 16 000 Quadratmeter privates Gewerbeland zum Verkauf. An Mietflächen hingegen mangle es nicht. Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen will Ebenberger den Fokus auf den Bereich Mechatronik setzen, also auf Betriebe an der Schnittstelle von Elektronik und Mechanik. Er hofft, damit einen Branchencluster schaffen zu können. Diese Konzentration solle die Ansiedlung anderer Branchen jedoch nicht ausschliessen, sagt er. «Wir streben in erster Linie aber qualitatives und nicht quantitatives Wachstum an.»

Verpasste Chancen

Gerne hätte Ebenberger, dessen Mandat auf vier Jahre begrenzt ist, auch wieder ein Warenhaus in Wetzikon. Manor betrieb früher eine Filiale an der Bahn-

hofstrasse und gehört zu den Unternehmen, die Wetzikon vor einigen Jahren den Rücken gekehrt haben. Das Warenhaus konnte seine Umbau- und Erweiterungspläne, unter anderem aufgrund eines Baurekurses, nicht verwirklichen und zog deshalb nach Hinwil. Aus ähnlichen Gründen verlegte 2002 auch das Antriebs- und Ventiltechnologie-Unternehmen Belimo seinen Sitz in die Nachbargemeinde – wo es heute rund 800 Personen beschäftigt.

Die Firma Seitz ihrerseits zieht in Erwägung, mit ihren 130 Angestellten nach Pfäffikon zu ziehen. Auslöser ist der Entscheid des Kantons gegen eine Umzonung von der Landwirtschafts- in die Gewerbezone. «Vermutlich hätte man im einen oder anderen Fall durchaus eine Lösung finden können», sagt Ebenberger.

Geschaffen wurde die Stelle des Standortförderers laut Ebenberger vor allem aus einem Grund: «Während die Wohnbevölkerung in den letzten Jahren zugenommen hat, ist das Wirtschaftswachstum in Wetzikon ins Hintertreffen geraten.» Nicht zuletzt habe man aber auch gesehen, wie sich beispielsweise das Glatttal in den vergangenen Jahren positiv entwickelt habe – auch dank seiner Standortförderung.



Willkommen an Europas längster Bahnhofstrasse: Wetzikon will den Detailhandel künftig stärker konzentrieren. CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

Stocker übernimmt Rita Fuhrers Ämter

Keine Direktionswechsel

wb. · Die bisherigen Mitglieder des Zürcher Regierungsrats wollen nach dem Rücktritt von Rita Fuhrer Ende April in ihren Direktionen bleiben. Neuer Volkswirtschaftsdirektor wird der am 29. November gewählte SVP-Vertreter Ernst Stocker aus Wädenswil. Wie Rita Fuhrer wird er zudem Stellvertreter von Sicherheitsdirektor Hans Holtenstein (cvp.). Dies ist das Ergebnis einer Vorbesprechung der Regierungszusammensetzung ab Mai 2010 im Beisein Stockers. Formell wird der Beschluss an der konstituierenden Sitzung des Regierungsrats vom 3. Mai gefasst, wie es in einer Regierungsmitteilung heisst.

Zulassungsstopp für Ärzte gelockert

Umsetzung der Bundesvorgaben

vö. · Seit 1. Januar können auch in der Stadt Zürich tätige Allgemeinmediziner ohne Zulassungsbeschränkung selbstständig tätig sein. Für Allgemeinmediziner ausserhalb der Stadt gilt die Lockerung bereits seit Juni 2009, wie der Regierungsrat mitteilt. Der Nationalrat hat letzten Sommer den Zulassungsstopp für Ärzte bis Ende 2011 verlängert und die Allgemeinmediziner von der Beschränkung ausgenommen. Für Spezialärzte besteht weiterhin kantonsweit eine Zulassungsbeschränkung. Gemäss Mitteilung haben die Kantone die Kompetenz, weitere Gruppen vom Zulassungsstopp auszunehmen. Der Kanton Zürich dehnt nun die im Juni 2009 ausserhalb der Stadt Zürich eingeführte Lockerung für Fachärzte der Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie -psychotherapie auf das ganze Kantonsgebiet aus. Der Regierungsrat verzichtet darauf, Ärzte in Spitalambulatorien dem Zulassungsstopp zu unterstellen. Hier soll dem überdurchschnittlichen Wachstum mit den Tarifen begegnet werden.

IN KÜRZE

Zwei Verletzte bei Brand in Zürich 3

tri. · Beim Brand in einem Mehrfamilienhaus in Zürich 3 sind am Mittwoch zwei Personen verletzt worden. Laut einer Mitteilung von Schutz und Rettung war das Feuer um 18 Uhr 30 im Dachstock des Hauses an der Friesenbergstrasse 16 ausgebrochen. Obwohl die Feuerwehr den Brand rasch unter Kontrolle brachte, wurde der Dachstock weitgehend zerstört. Die Bewohner konnten das Haus selbstständig verlassen, zwei mussten mit Rauchgasvergiftungen ins Spital gebracht werden. Der Sachschaden beträgt über 100 000 Franken; die Brandursache ist noch nicht geklärt.

Alter Mammutbaum in Zürich gefällt

mbm. · Der Eingang zum Universitätsgebäude Alte Physiologie an der Rämistrasse 69 wird seit 1885 von zwei Mammutbäumen flankiert. Einer der über 30 Meter hohen Bäume, deren Stamm einen Umfang von über 4 Metern hat, ist dieser Tage aus Sicherheitsgründen gefällt worden. Wie die Universität Zürich mitteilt, war er immer mehr in Schräglage geraten, da sein Wurzelwerk beschädigt war; er drohte beim nächsten Sturm auf die Rämistrasse zu stürzen.

Aus Kommission wird Gericht

(sda) · Im Kanton Zürich sollen die Bau- und die Steuerrekurskommissionen dem Verwaltungsgericht unterstellt werden und künftig Baurekursgericht und Steuerrekursgericht heissen. Dies schlägt der Regierungsrat laut Mitteilung vor. Mit der neuen Bezeichnung werde der gerichtliche Charakter verdeutlicht. Bisher waren die Rekurskommissionen administrativ der Direktion der Justiz und des Innern angegliedert. Gemäss Kantonsverfassung müssen sich Gerichte unter der Leitung der obersten kantonalen Gerichte selbst verwalten.

Finanzausgleich belastet Zürich bis jetzt weniger als erwartet

Kanton und Gemeinden zahlen für 2008 rund 139 Millionen Franken mehr – aber die Beiträge werden steigen

rib. · 2008 trat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft. Nun steht fest, wie hoch die Beiträge sind, die der Kanton Zürich im ersten Jahr in das neue System bezahlt hat. Dass die Zahlungen höher ausfallen würden als vorher, war klar. Eine am Donnerstag veröffentlichte Erhebung der kantonalen Finanzdirektion zeigt aber, dass die Mehrkosten zumindest bis anhin tiefer sind als erwartet. 2008 zahlten der Kanton Zürich und seine Gemeinden 434 Millionen Franken in die NFA; als Abgeltung der in Städten höheren Sozialkosten erhielt der Kanton 93 Millionen Franken. Die Zusatzbelastung lag damit bei insgesamt 139 Millionen Franken. Die letzte Berechnung vor der Inkraftsetzung des Modells war von Zusatzkosten von 168 Millionen Franken ausgegangen.

Sonderfaktoren entscheidend

Für die Gemeinden liegen die Mehrkosten im erwarteten Bereich. Für Sonderschulung, Regionalverkehr und Be-

tagtenhilfe mussten sie 78 Millionen Franken mehr bezahlen – rund 1 Million mehr als erwartet. Für den Kanton weichen die tatsächlichen Kosten dagegen erheblich von den veranschlagten ab. Die Zusatzbelastung beläuft sich da auf 61 Millionen Franken; das sind 100 Millionen Franken weniger als erwartet.

Die Gründe dafür sind einmalige Faktoren, die im Voraus kaum zu berechnen sind. So fielen 2008 die Bundesbeiträge an die Ergänzungsleistungen zu AHV und IV höher aus, und die

Einnahmen des Kantons aus der Verrechnungssteuer lagen deutlich über den Erwartungen. So erfreulich das Ergebnis des ersten NFA-Jahres für Zürich ist: Für die Folgejahre lässt sich daraus laut der Finanzdirektion nichts ablesen.

Beiträge schwer berechenbar

Entscheidend für die Gesamtbelastung des Kantons Zürich ist der Ressourcenausgleich für strukturschwache Kantone; Zürich ist dort der grösste Netto-

zahler. Für 2009 fällt sein Beitrag bereits um 86 Millionen Franken höher aus, für 2010 um 107 Millionen Franken. Damit nähert sich die Belastung den früher berechneten Werten. Von der erwarteten Steigerung sind die Gemeindebeiträge nicht betroffen. Sie sind laut Kanton recht genau berechenbar – die Beiträge des Kantons anscheinend weniger. Dabei wurde für die NFA auch mit dem Argument geworben, die Belastungen würden für die Kantone berechenbarer und die Finanzplanung einfacher.

Verrechnung der NFA-Beiträge mit Bundesschulden ist machbar

sho. · In der letzten Budgetdebatte beschneidet der Kantonsrat die Zahlungen in den interkantonalen Finanzausgleich: Er kürzte sie erstmals um die Zinskosten, die dem Kanton durch die Vorfinanzierung des Bundesanteils am Bau der Durchmesserlinie (DML) entstehen, und zweitens um die entgegen einer früheren Abmachung gekürzten Bundesbeiträge für den Ausbau der S-Bahn. Die Regierung bezeichnete ein solches Vorgehen An-

fang 2009 noch als system- und gesetzeswidrig. Auf eine Interpellation von Thomas Vogel (fdp., Illnau-Effretikon), Jean-Philippe Pinto (cvp., Volkswil) und Hansueli Züllig (svp., Zürich) hat sie nun präzisiert, eine Verrechnung von Forderungen zwischen Bund und Kanton sei «nicht allgemein unzulässig». In den erwählten Fällen sei das rechtlich jedoch nicht möglich, weil der erste Vertrag zum Bau der DML 2003 mit den

SBB nicht mit dem Bund abgeschlossen worden sei und weil sich aus der späteren Vereinbarung mit dem Bund keine durchsetzbare Verpflichtung des Bundes auf einen bestimmten Beitragssatz beim S-Bahn-Ausbau begründen lasse. Die Regierung kritisiert jedoch, indem der Bund dazu auffordere, auch von ihm selber als dringlich eingestufte Projekte zu verzögern, erzwingen er von den Kantonen eine Vorfinanzierung.